



Die dunkle Seite der Kohle



Kohle leistet dem Menschen seit Jahrhunderten als Energieträger wertvolle Dienste. Die Schattenseite: Die Verbrennung dieses Rohstoffs trägt zur Luftverschmutzung bei und fördert die globale Erwärmung. Bremer Umweltphysiker verfolgen mit ihren Arbeiten das Ziel, mehr über die Stoffe in der Atmosphäre zu erfahren. JÜW FOTO: WILDLIFE **Berichte Seiten 18 und 19**

SPD will Immunität für Politiker abschaffen

Bremer Fraktionschef Björn Tschöpe hält Privileg für überholt / Unterschiedliches Echo in der Bürgerschaft

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Gehört die Immunität von Abgeordneten auf den Müllhaufen der Geschichte? Der Schutz der Parlamentarier vor Strafverfolgung galt einst als Errungenschaft. Er sollte insbesondere Vertreter der Opposition vor der Willkür einer politischen Justiz schützen. Doch heute verkehrt sich das Privileg der Volksvertreter allzu oft ins Gegenteil – findet Björn Tschöpe. Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion schlägt vor, Artikel 95 aus der bremischen Landesverfassung zu streichen. Dort ist die Immunität der Landtagsabgeordneten festgeschrieben. Fällt die Bestimmung, dann müsste die Staatsanwaltschaft künftig keine Genehmigung der Parlamentarier mehr einholen, bevor sie gegen einen der ihnen ermitteln kann.

Dass das Thema jetzt auf den Tisch kommt, ist kein Zufall. 2015 gab es eine ungewöhnliche Häufung von Fällen, in denen sich die Staatsanwaltschaft veranlasst sah, beim Verfassungskomitee und Geschäftsausschuss der Bürgerschaft (VGO) anzuklopfen. Dieses Gremium behandelt die Anträge der Strafverfolger. Zuletzt traf

es Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD), der sich nach einem Verkehrsunfall nicht korrekt verhalten hatte und deshalb angezeigt wurde. Weber ging in der vergangenen Woche von sich aus an die Öffentlichkeit und schilderte seinen Fall aus eigener Sicht – wohl ahnend, dass ihn sonst ein ähnliches Schicksal ereilen würde wie mehrere Abgeordnete aus den Reihen von SPD und Grünen, die in den vergangenen Monaten ins Visier der Strafverfolger geraten waren. Ihre Fälle hatten schnell die Medien erreicht. Und das, obwohl die VGO-Mitglieder Anfragen der Staatsanwaltschaft eigentlich absolut diskret zu behandeln haben. Doch die Erfahrung lehrt: Die Halbwertszeit solcher Geheimnisse ist gering – zu groß die Versuchung, aus dem juristischen Ungemach beim politischen Gegner Munition zu drehen.

Wenn aber immer wieder mit kolportierten Verdachtsfällen der Ruf von Abgeordneten gezielt beschädigt wird – welche Schutzwirkung entfaltet dann noch die Im-

munität? Das fragt sich Björn Tschöpe. Sein Hauptargument ist jedoch grundsätzlicher Art: Die Zeiten, in denen missliebige Politiker vor Verfolgung durch eine gelenkte Justiz geschützt werden mussten, seien in Deutschland lange vorbei. „Als Sonderrecht ist die Immunität deshalb nicht mehr zeitgemäß“, meint Tschöpe.

Im Januar kommt der VGO zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Dort will der SPD-Fraktionschef seinen Vorstoß zur Abschaffung des Privilegs platzieren. Als Diskussionsgrundlage wird eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes der Bürgerschaft erwartet. Darin sollen die vorhandenen Regelungen der 16 Bundesländer verglichen werden.

In den Bürgerschaftsfraktionen findet Tschöpes Initiative ein unterschiedliches Echo. Eine komplette Abschaffung der parlamentarischen Immunität halten die Grünen für überzogen. „Es müsste eher um eine Modernisierung gehen“, findet ihre Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer. In Fragen, die mit der Ausübung des Mandates zu tun ha-

ben, sollten die Abgeordneten weiter Schutz vor Strafverfolgung genießen. Auch CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp will die Immunitätsbestimmungen eher entwürpeln, nicht entsorgen. Er kann sich vorstellen, der Staatsanwaltschaft im Frühstadium von Ermittlungen freie Hand zu lassen. Erst wenn es um konkrete Eingriffe wie Hausdurchsuchungen oder gar Verhaftung gehe, solle die Erlaubnis des Parlamentes eingeholt werden.

Aus den kleineren Fraktionen in der Bürgerschaft erfährt Björn Tschöpe ein überwiegend positives Echo. „Ein vernünftiger Vorstoß“, meint etwa Kristina Vogt (Die Linke). Und auch FDP-Fraktionsvize Magnus Buhlert ist überzeugt, „dass diese Art von Schutz für die Parlamentarier nicht mehr gebraucht wird“. Ganz im Sinne der CDU-Position kann er sich vorstellen, den Strafverfolgungsbehörden künftig grundsätzlich Vorermittlungen zu gestatten, „bis klar ist, ob an dem jeweiligen Verdacht etwas dran ist“. Die Gruppe Alfa will nach den Worten ihres Vorsitzenden Christian Schäfer zunächst abwarten, was der Vergleich mit der Rechtslage in anderen Bundesländern ergibt. **Kommentar Seite 2**



Björn Tschöpe
FOTO: CHINA HOPSON

Zwei Genossen wollen Chef werden

Bremen. In der Bremer SPD bahnt sich möglicherweise eine Kampf кандидatur um die Parteispitze an: Nachdem die Bürgerschaftsabgeordnete Sascha Aulepp bereits vor dem vergangenen Wochenende erklärt hatte, sie werde sich im kommenden Jahr um die Führung der Landespartei bewerben, erklärte auch ihr Parlamentskollege Mustafa Güngör am Montag auf die Frage nach einer möglichen Kandidatur: „Ich kann mir das vorstellen.“ Allerdings setze dies einen entsprechenden Beschluss seines Ortsvereins Osterholz voraus.

Am Montagabend tagte die Führung der SPD-Landesorganisation, um über den Fahrplan für eine Neubesetzung an der Spitze zu beraten. Die Entscheidung soll nach Abstimmungen in den Ortsvereinen und Unterbezirken voraussichtlich nach Ostern auf einem Landesparteitag fallen. Eine Nachfolgeregelung für die Leitung der Landesorganisation ist notwendig geworden, nachdem der amtierende Parteichef Dieter Reinken erklärt hatte, dass er im Frühjahr seine zweijährige Amtszeit beenden und dann nicht erneut für das Amt kandidieren wolle. Am Montag betonte Reinken zum Verfahren, wenn es mehrere Bewerber für das Spitzenamt der Bremer Sozialdemokraten gäbe, müsse die Partei eine Mitgliederbefragung einleiten. Die Kandidaten könnten dann beispielsweise von den einzelnen Ortsvereinen eingeladen werden, um dort ihre Perspektiven für die Parteiarbeit darzustellen. **WIC Bericht Seite 10**

BREMEN

Rennverein hält an Planungen fest

11

Die Kündigung des Pachtvertrages steht im Raum, doch der Bremer Rennverein hält an seinen Planungen für die kommende Galoppsaison in der Vahr fest. Das bestätigt Pressesprecher Frank Lenk im Interview.

DER NORDEN

Wenzel macht Wind

14

Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) hat den neuen Windenergie-Erlass nebst Artenschutz-Leitfaden vorgestellt. Der Minister setzt auf den Ausbau alter Anlagen für einen deutlich höheren Ertrag.

WIRTSCHAFT

Häfen leiden unter Konjunkturflaute

15

Die schwache Weltwirtschaft drückt den Umschlag in den Bremer Häfen: Bis Ende des Jahres rechnen sie mit einem Rückgang um 4,8 Prozent auf 74,5 Millionen Tonnen.

SPORT

Wunsch nach Anerkennung

26

Weltmeistertrainer Roberto Albanese und seine Lateinformation finden, dass Bremen den neuen WM-Titel kaum würdigt. In anderen Ländern sei die Unterstützung für den Tanzsport größer. Die Sportsenatorin will die Tänzer nun zum Empfang laden.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	7	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	28	Tipps & Termine	21
Lesermeinung	13	Veranstaltungsanzeigen	6

Merkel bringt CDU hinter sich

Karlsruhe. Bundeskanzlerin Angela Merkel kann sich nach erbittertem Streit über die Flüchtlingspolitik bei der weiteren Bewältigung der Krise auf breiten Rückhalt der CDU stützen. Trotz großen Unmuts an der Basis in den vergangenen Monaten stimmte der CDU-Parteitag in Karlsruhe am Montag mit überwältigender Mehrheit für eine gemeinsame Linie ohne Flüchtlings-Obergrenze. Merkel hatte die Partei zuvor in einer ungewohnt leidenschaftlichen Rede auf mehr Mut und Selbstbewusstsein in der Flüchtlingskrise eingeschworen.

Die am Sonntagabend von der Parteispitze als Kompromissvorschlag im Flüchtlingsstreit formulierte Karlsruher Erklärung zu Terror, Sicherheit, Flucht und Integration nahmen die etwa 1000 Delegierten bei nur zwei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen an. Die CDU macht sich für eine spürbare Verringerung des Zuzugs stark, auch auf eine mögliche Überforderung Deutschlands wird hingewiesen.

Merkel verteidigte ihren umstrittenen Satz „Wir schaffen das“: „Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten.“ Deutschland könne trotz des Ansturms Hunderttausender Schutzsuchender seine Grenzen nicht schließen. „Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option.“ Nach langer Abwehr öffnete sich die CDU beim Parteitag zudem für ein Einwanderungsgesetz. **DPA Kommentar Seite 2-Thema Seite 3**

Zupacken! Jetzt!



Jürgen Hinrichs
über das
Bremer Bauprogramm

Bremen wächst, und diese Nachricht ist erst einmal nur gut, nachdem sich die Zahl der Einwohner im Zwei-Städte-Staat in den vergangenen 20 Jahren nicht vom Fleck bewegt hat. Das Ergebnis dieser Stagnation: Immer weniger junge Menschen und damit auch weniger Beitragszahler und Fachkräfte für die Wirtschaft. Zwar hat es im vergangenen Jahr endlich mal wieder einen signifikanten Anstieg von Geburten gegeben, den Trend bricht das aber nicht.

Bremen braucht deshalb Zuzug und bekommt ihn nun. In zwei Jahren werden es rund 30 000 Menschen mehr sein, die in den beiden Städten leben. Es sind Flüchtlinge, die bleiben, in der großen Mehrzahl jedenfalls. Viele Familien darunter, die sich eine bessere Zukunft erhoffen oder einfach vor Krieg und Not geflohen sind. Ihnen zu helfen, ist eine riesige Aufgabe und nur im Dreiklang zu lösen: Bildung, Arbeit und Wohnen.

Ums Wohnen will sich der Bremer Senat jetzt mit einem Sofortprogramm kümmern. Die Eile ist geboten, denn Menschen in Zelten oder Turnhallen unterzubringen, darf keine Dauerlösung sein. Nebenbei sind es auch viele Bremerinnen und Bremer, die zwar nicht in Zelten hausen, trotzdem aber händeringend nach günstigem Wohnraum suchen. Das neue Programm ist ausdrücklich genauso für diese Menschen gedacht.

Richtig, dass gewisse Standards abgesenkt werden sollen, damit das Bauen schneller geht. Richtig, dass die Planverfahren abgekürzt werden sollen. Richtig auch, dass dort gebaut werden soll, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Das deckt sich im Übrigen mit dem Ziel des rot-grünen Senats, die Stadt zu verdichten und sie nicht zulasten der Natur weiter ausfransen zu lassen.

Alles richtig, und doch darf man Zweifel haben, ob dieser Ruck tatsächlich gelingt. Seit Jahren gibt es unter den Bauleuten in der Stadt Klagen darüber, dass die Verwaltung nicht gut funktioniert. Der Wille mag da sein, aber es fehlt die zupackende Art. Man muss kein Richard Bollhahn sein, der vor mehr als 50 Jahren die Neue Vahr aus dem Boden gestampft hat. Mehr Tatkraft täte aber schon not. **Bericht Seite 9**

KOPF DES TAGES

Martina Filjak



Klavier spielen kann sie sowieso ganz wunderbar – das will Martina Filjak am Mittwoch beim 5nach6-Konzert der Bremer Philharmoniker beweisen. Dann spielt die Pianistin Ravels Klavierkonzert in G-Dur.

Doch die 37-jährige Kroatierin begeistert Menschen auch gerne außerhalb großer Konzertsäle für klassische Musik. An diesem Dienstagmorgen ist sie daher zu Gast in der Jahrgangsstufe acht der Oberschule Barkhof, der Partnerschule der Philharmoniker. Martina Filjak wird sich unter dem Motto „Rhapsody in school“ ans Klavier setzen und spielen, aber sie will auch mit den Schülern ins Gespräch kommen. Über Musik an sich und darüber, was es bedeutet, ihr sein Leben zu widmen. **SHE**

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

7° 5° 30%

Geringe Chancen auf Sonne
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

